

Wir haben es im letzten Jahr z. B. erlebt, daß die Durchführung der Beschlüsse der verschiedenen Kongresse durch die einzelnen Sektionen nicht mit der nötigen Energie und nicht immer mit dem nötigen guten Willen vorgenommen wurde. Es ist eine wesentlich straffere Disziplin notwendig seitens der Sektionen und eine wesentlich straffere Kontrolle und ein energischeres Eingreifen seitens der Exekutive. Wir haben ferner erlebt, daß Aufrufe, die die K. I. im Interesse der Gesamtbewegung herausgegeben hat, von einzelnen Parteien nicht abgedruckt worden sind. Ein weiteres Übel hat sich darin gezeigt, daß führende Parteigenossen, wenn sie mit dem einen oder anderen Beschluß der Internationale nicht einverstanden waren, einfach demissionierten. Das sind unerträgliche Erscheinungen, die unter allen Umständen ausgerottet werden müssen.

Die Kommission bringt ferner erneut den Antrag, daß die Parteitage in Zukunft nach dem Weltkongreß wenigstens in der Regel stattfinden sollen. Ein weiterer Mißstand besteht darin, daß verschiedene Sektionen ihre Delegationen zum Weltkongreß mit gebundenem Mandat schicken. Es verstößt völlig gegen den Geist der K. I., wenn einzelne Delegationen mit gebundenem Mandat erscheinen und alle Auseinandersetzungen umsonst sind, weil die Delegationen durch ihre Partei gebunden sind, so und nicht anders zu stimmen.

Die Kommission schlägt des weiteren vor, daß in Zukunft das Präsidium und die Exekutive der Internationale nicht mehr wie bisher von den einzelnen Sektionen an den Sitz der Exekutive delegiert werden, sondern, daß sie hier vom Weltkongreß gewählt werden. Es ist also notwendig, daß nicht mehr jeder Partei und jeder Sektion es überlassen sei, den Vertreter zu schicken, den sie will, und ihn wieder abzurufen, wenn es der Partei gefällt. Erst dann werden sie als verantwortliche Mitarbeiter im Präsidium und der Exekutive der K. I. tatsächlich mitarbeiten.

Die Zusammensetzung der Leitung der K. I. schlagen wir wie folgt vor: einen Präsidenten und eine Exekutive von 24 Mitgliedern, der zwei Vertreter der Jugendinternationale angehören. Diese 25 Vertreter sollen hier auf dem Weltkongreß gewählt werden. Es ist selbstverständlich, daß die einzelnen Sektionen das Vorschlagsrecht haben. Wir schlagen ferner vor, außen diesen 25 ständigen Mitgliedern der Exekutive 10 Kandidaten zu wählen, die in ihrem Lande bleiben, bis sie als Ersatzleute angefordert werden.

Die Kommission schlägt weiter vor, daß die Erweiterte Exekutivsetzung aus der Exekutive ein Präsidium wählt; die Zahl der Mitglieder steht nicht fest, es werden wahrscheinlich 9—11 Mitglieder werden. Das Präsidium, das gleichzeitig als eine Art politisches Büro zu betrachten ist, hat die politischen Aufgaben der Internationale zu lösen. Es hat ein Organisationsbüro, das wahrscheinlich aus 7 Mitgliedern bestehen wird. Die Aufgaben des Organisationsbüros sind, auf die organisatorische Gestaltung der einzelnen Sektionen einzuwirken.

Wir schlagen weiter die Einrichtung eines Generalsekretariats vor, das ein Hilfsorgan des Präsidiums sein soll, und die Errichtung einer Agitations- und Bildungsabteilung, die dem Präsidium direkt unterstehen soll. Die nächste noch zu beschließende Abteilung ist die Orientabtei-

lung. Die Erweiterte Exekutive soll alle 4 Monate zusammentreten, so daß neben dem Weltkongreß noch 2 Sitzungen stattfinden. Die Zusammensetzung der Erweiterten Exekutive denken wir uns so, daß ihr zunächst die 25 Mitglieder der Exekutive angehören, dann je weitere drei Vertreter der Parteien Deutschlands, Frankreichs, Rußlands, der Tschechoslowakei, Italiens, sowie 3 Vertreter der Jugendinternationale und der Profintern, soweit auf dem Kongreß der Profintern nicht andere Beschlüsse gefaßt werden, dann je zwei Vertreter aus England, Polen, Amerika, Bulgarien und Norwegen und je ein Vertreter aus allen übrigen stimmberechtigten Sektionen.

Als weitere Neueinrichtung schlägt die Kommission vor, daß der Exekutive das Recht zuerkannt wird, Bevollmächtigte in die einzelnen Sektionen zu schicken. Des weiteren schlagen wir Ihnen vor, die Wahl der Mitglieder der Kontrollkommission in Zukunft, von Jahr zu Jahr wechselnd, zwei Sektionen zu überweisen. Für dieses Jahr soll die deutsche und französische Kom. Partei diese Kontrollkommission bilden. Wir empfehlen, daß die größeren Parteien ihre Vertretungen gegenseitig austauschen.

Bezüglich der Abhaltung des Weltkongresses schlagen wir Ihnen vor, daß diesmal noch beschlossen werde, den Weltkongreß im nächsten Jahr wieder abzuhalten. Wir glauben, allmählich soweit zu kommen, daß wir so große Kongresse wie in diesem Jahr seltener, vielleicht alle zwei Jahre, abhalten. In der Frage der Revision des Statutes der K.I. schlagen wir vor, die Exekutive zu beauftragen, die Vorbereitungen für die Revision und Erweiterung des Statutes zu treffen. Genossen, wir hoffen, daß Sie diese Vorschläge annehmen und wir dadurch dem Ziele einen wesentlichen Schritt näherkommen. (Lebhafter Beifall.)

SIEBENZWANZIGSTE SITZUNG

AM 30. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: *Marchlewski*, später *Kolarow*.

Redner: *Bordiga*, *Kolarow*, *Grün*, *Katayama*, *Eberlein*, *Radice*, *Sascha*, *Varga*, *Felix Kon*.

BORDIGA findet im allgemeinen den Organisationsentwurf in allen seinen Teilen durchaus anwendbar. Zur Frage der Demissionen empfiehlt er das System anzuwenden, das in der K. P. I. mit Erfolg angewandt wurde, nämlich daß die Demissionen unverzüglich angenommen werden, aber derjenige Genosse, der demissioniert hat, in den nächsten ein bis zwei Jahren seinen Platz in der Partei nicht wieder einnehmen darf. Redner äußert sich ferner zu dem Vorschlag, eine zweijährige Frist zwischen den Weltkongressen einzuführen: Sollte der nächste Kongreß mit Arbeit und Fragen nicht so überhäuft sein, wie es dieser war, so wäre es richtig, diesen bedeutenden, organisatorischen und finanziellen Aufwand nicht zu wiederholen. Der Kongreß hat jedoch bis jetzt die wichtigsten Fragen nicht geklärt. So finde ich den Gedanken absurd, den 5. Weltkongreß erst in zwei Jahren abzuhalten. Ich behalte mir im Namen der Majorität der italienischen Delegation

vor, den Vorschlag zu machen, den 5. Kongreß im Sommer oder im Herbst 1923 abzuhalten.

KOLAROW weist darauf hin, daß die Kommission beschlossen habe, die Weltkongresse zwar alle zwei Jahre, den nächsten Kongreß aber schon im nächsten Jahr abzuhalten.

GRÜN (Österreich): Wenn ein großer Teil der organisatorischen Beschlüsse des 3. Kongresses bisher nicht durchgeführt werden konnte, so ist dies zu einem Teil verständlich, da die erwartete Konsolidierung der Sektionen bisher noch nicht eingetreten ist. Zu einem anderen Teil ist es aber auch aus dem Grund zu erklären, daß unser internationaler Apparat noch nicht auf den notwendigen Übergang von der ersten agitatorisch-demonstrativen Periode zur organisatorischen Periode eingestellt ist.

Wir haben noch nicht die konsolidierte internationale Partei, die ein straffes Zentralkomitee haben müßte, das ohne Rücksicht auf die Parteien gebildet wäre. Die Vorschläge der Kommission bilden den Übergang zu dem Endziele des einheitlichen Zentralkomitees. Dieses Ziel wird hoffentlich auf dem 5. oder 6. Kongreß erreicht werden. Redner wendet sich gegen den Reorganisationsplan der Kommission in dem Sinne, daß er meint, auch den kleineren und mittleren Parteien müsse die Möglichkeit gegeben werden, ihre Beteiligung an der Arbeiterexekutive auch dann zu sichern, wenn sich im Verlaufe des Jahres Änderungen in der Vertretung ergeben sollten. Die Rechte des Kongresses werden in einer ganzen Anzahl von Fällen auf die Erweiterte Exekutive übertragen, und der Erweiterten Exekutive sollte auch das Recht eingeräumt werden, in gewissen Fällen zuzulassen, daß die eine oder andere Partei ihren Vertreter auswechselt.

In diesem Sinne liegt ein Antrag der österreichischen Delegation vor.

Redner geht schließlich auf einige Einzelheiten des Reorganisationsentwurfes ein, und meint, bisher hätte die K. I. einem einfachen Werkzeug, einem Hammer geglichen; nun gehen wir zu einem anderen Betriebe über, der Präzisionsarbeit erfordert.

KATAYAMA: Genossen, die Bedeutung der K. I. ist international. Bisher haben wir zuviel Zeit mit nationalen Fragen und der Propaganda gegen die 2. und 2½. Internationale verloren. Wir wünschen eine Zentralisation der Arbeit der K. I. herbei.

In der Vergangenheit hat das Präsidium eine große, wichtige und gute Arbeit geleistet. Wir möchten jedoch, daß die Exekutive genau sowie ein Teil des Präsidiums angesehen und behandelt werde. Wenn man eine Exekutive wählt, sollte man Genossen dazu aussuchen, denen vom Präsidium Vertrauen entgegengebracht werden kann.

Nun komme ich zu der Frage des Fernen Ostens. In den nächsten Jahren wird der Ferne Osten der Mittelpunkt des Kapitalismus und Imperialismus werden. Wir im Osten sollten als ein der K. I. direkt unterstehender Teil anerkannt werden.

EBERLEIN: wendet sich in seinem *Schlußwort* gegen die Einwände der Diskussionsredner. Es beruht auf einem Mißverständnis, wenn Bordiga glaubt, daß von jetzt ab der Weltkongreß 2jährig stattfinden soll. Ferner sprach Gen. Bordiga davon, daß die demissionieren-

den Mitglieder für einige Zeit — für ein bis zwei Jahre — von der Parteiarbeit dispensiert werden sollen, also für ihre Demission gewissermaßen bestraft werden müssen.

Genossen! Dieser Auffassung sind wir nicht, schon deshalb, weil wir in der Internationale nicht einen so großen Überfluß an tüchtigen politischen Kräften haben. In unseren Vorschlägen werden Demissionen auch nicht generell verboten, sondern es wird die Zustimmung der Exekutive zu solchen Demissionen verlangt.

Wir teilen auch nicht die Auffassung des Gen. Grün, daß die Zahl der Kandidaten im Verhältnis zur Zahl der Mitglieder der Exekutive gering sei.

Wir bitten, die Thesen noch einmal genau zu prüfen und dann den Vorschlägen der Organisationskommission zuzustimmen.

RADIC beantragt im Namen der jugoslawischen Delegation, einen Aufruf an die Arbeiter der ganzen Welt zu erlassen, der sich gegen den *weißen Terror in Jugoslawien* wendet.

Das neueste Opfer dieses Terrors ist unser Gen. Keroschewic jun. Er wurde zum Tode verurteilt, weil er einer der Führer im Generalstreik der jugoslawischen Grubenarbeiter im Jahre 1920 war. Die jugoslawischen Genossen haben im Lande eine große Kampagne gegen dieses neueste Verbrechen eingeleitet. Die Mitglieder der 2., der 2½ und der Amsterdamer Internationale haben dagegen abgelehnt, mitzuwirken.

Die gesamte Arbeiterklasse der Welt muß ihren einmütigen Protest und dröhnenden Protestruf erheben, um die Ausführung dieses jüngsten Verbrechens der jugoslawischen Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Verbündeten zu verhindern. (Lebhafte Zustimmung.)

KATAYAMA berichtet über die Beschlüsse der ägyptischen Kommission, die zu folgenden Resultaten gekommen ist:

1. Der der Kommission vorgelegte Bericht des Delegierten der Sozialistischen Partei Ägyptens ist ein genügender Beweis dafür, daß die Sozialistische Partei Ägyptens eine sich in Übereinstimmung mit der allgemeinen Bewegung der Kommunistischen Internationale befindliche wesentliche revolutionäre Bewegung vertritt.

2. Die ägyptische Kommission hält es jedoch für notwendig, daß der Anschluß der Sozialistischen Partei Ägyptens aufgeschoben wird bis:

- a) die Partei gewisse unerwünschte Elemente ausgeschlossen hat;
- b) die Partei einen Kongreß einberufen hat, auf dem der Versuch gemacht werden soll, die augenblicklich außerhalb der Partei existierenden kommunistischen Elemente in Ägypten, die die 21 Bedingungen der K. I. annehmen wollen, der Sozialistischen Partei Ägyptens zuzuführen;
- c) die Partei ihren Namen in „Kommunistische Partei Ägyptens“ umgewandelt hat.

3. Der Sozialistischen Partei Ägyptens wird somit aufgetragen, zu diesem Zweck nicht später als bis zum 15. Januar 1923 einen Kongreß einzuberufen.

Darauf schreitet der Kongreß zur Bildung einer Kommission für die *koreanische Frage*. Zu einem Bericht über die

Beschlüsse der Kommission zur Negerfrage

erhält das Wort Genossin

SASCHA: Während und nach dem Kriege entwickelte sich gegen die Macht des Weltkapitals unter den kolonialen und halbkolonialen Völkern eine Aufstandsbewegung, die immer noch erfolgreiche Fortschritte macht. Der französische Kapitalismus hat klar erkannt, daß der französische Nachkriegs-Imperialismus sich nur durch die Schaffung eines französischen afrikanischen Reiches halten kann, verbunden durch eine Trans-Sahara-Bahn. Amerikas Finanzmagnaten haben ebenfalls die friedliche Durchdringung Afrikas aufgenommen. Die Furcht Englands vor einer Bedrohung seiner Position in Afrika zeigt sich deutlich in den extremen Mitteln, die zur Unterdrückung des Randstreiks (Südafrika) angewandt wurden.

Der Neger war kein fügsamer Sklave; seine Geschichte erzählt von Aufständen und Aufruhr und unterirdischen Methoden zur Erlangung der Freiheit. Aber alle seine Kämpfe wurden in barbarischer Weise unterdrückt. Der Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten von Amerika, der ein Krieg zur Erhaltung der industriellen Vorherrschaft des Kapitals in den nördlichen Staaten war, gab den Negern die Wahl zwischen Sklaverei im Süden und Lohnsklaverei im Norden. Im Weltkriege durfte der Neger für die „Demokratie“ töten und sich töten lassen. 400 000 farbige Arbeiter wurden in die amerikanische Armee eingezogen.

Der internationale Kampf der Negerrasse ist ein Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus. Es ist Aufgabe der K. I., die Neger darauf hinzuweisen, daß sie nicht das einzige Volk sind, das unter der Unterdrückung des Imperialismus und Kapitalismus zu leiden hat, daß die Arbeiter Europas, Asiens und Amerikas auch Opfer der kapitalistischen Ausbeutung sind. Die K. I. hält es für ihre Pflicht, den Kampf der Neger gegen den gemeinsamen Feind zu unterstützen.

Rednerin verliest dann folgende Thesen zur Negerfrage, in denen es u. a. heißt:

1. Der 4. Kongreß anerkennt die Notwendigkeit, jede Form der Negerbewegung, die den Kapitalismus entweder unterminiert oder schwächt oder seinen weiteren Forderungen Hindernisse in den Weg legt, zu unterstützen.

2. Die K. I. wird für die Gleichheit der weißen und der schwarzen Rasse kämpfen, für gleiche Löhne und gleiche politische und soziale Rechte.

3. Die K. I. wird sich jedes ihr zur Verfügung stehenden Mittels bedienen, um die Gewerkschaften zu zwingen, schwarze Arbeiter aufzunehmen. Wenn dies sich als unmöglich erweisen sollte, wird die K. I. die Neger in eigenen Gewerkschaften organisieren und sich speziell der Einheitsfronttaktik bedienen, um deren Zulassung zu erzwingen.

4. Die K. I. wird sofort Schritte unternehmen, um einen allgemeinen Negerkongreß oder eine allgemeine Negerkonferenz einzuberufen.

Diese Resolution wird einstimmig angenommen.

VARGA (Ungarn) berichtet über die Arbeit der

Redaktionskommission zur Agrarfrage.

Nach der Agrardebatte wurde eine neue Redaktionskommission eingesetzt, um Änderungen an dem vorgelegten Entwurf vorzunehmen. Diese Arbeit wurde vor allem durch einen Brief des Gen. Lenin gelenkt, in dem darauf hingewiesen wird, daß man auch den kleinsten Anschein vermeiden müsse, als ob zwischen der Resolution des 2. Kongresses in der Agrarfrage und dem jetzigen agrarischen Aktionsprogramm irgendein tatsächlicher oder auch nur scheinbarer Widerspruch bestehen würde.

Redner verliest dann die Änderungen, die vorgenommen wurden. In der endgültigen Fassung lautet das Agrarprogramm u. a. wie folgt:

1. Die große Masse der ländlichen Proletarier und armen Bauern kann nur durch eine agrarische Revolution befreit werden.

2. In diesem Kampf gegen den Staat der Großgrundbesitzer und Kapitalisten sind die arbeitenden armen Bauern und Kleinpächter die natürlichen Kampfgenossen des landwirtschaftlichen und industriellen Proletariats.

3. Um außer den landwirtschaftlichen Arbeitern auch die armen Bauern (Zwergbauern, Kleinpächter und einen Teil der Kleinbauern) für die Sache der Revolution, die Mittelbauern aber für eine wohlwollende Neutralität zu gewinnen, müssen letztere Schichten dem Einfluß und der Führung der mit den Großgrundbesitzern verbundenen Großbauern entrissen werden.

4. Die Kommunistische Partei stellt sich daher an die Spitze des Kampfes, den die arbeitenden Massen des Landes gegen die herrschenden Klassen führen.

5. Unsere konkreten Kampfesforderungen müssen sich den Interessen der einzelnen Schichten anpassen.

6. In allen Ländern, wo es ein eigentlich landwirtschaftliches Proletariat gibt, ist diese Schicht zum wichtigsten Faktor der revolutionären Bewegung auf dem Lande bestimmt. Die K. P. unterstützt, im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, alle Kämpfe des landwirtschaftlichen Proletariats zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen sozialen und politischen Lage.

7. Die Kommunistische Partei kämpft gegen die Ausbeutung durch das Leih- und Wucherkapital, welches die armen Bauern in die Schuldknechtschaft zwingt; gegen die Ausbeutung durch das Handels- und Spekulationskapital; gegen die Ausbeutung durch das Industriekapital; gegen die Ausbeutung durch das private Monopol des Transportwesens, wie es vor allem in den anglo-sächsischen Ländern der Fall ist, und gegen die Ausbeutung durch den kapitalistischen Staat.

8. Die schwerste Ausbeutung erleidet aber die landarme Bevölkerung durch das Privateigentum der Großgrundbesitzer an Grund und Boden. Die K. P. unterstützt den Kampf der landarmen Bauern, um die: a) Verbesserung der Lebenslage der Teilpächter, b) Herabsetzung der Pachten für Kleinpachtungen, c) Zuteilung von Land, Vieh und Produktionsmitteln an alle landarmen Bauern.

9. Die herrschenden Klassen versuchen durch eine bürgerliche Agrarreform den revolutionären Charakter der Landbewegung zu dämpfen. Die schweren Bedingungen, welche bei einer bürgerlichen Bodenverteilung unausbleiblich den Landempfindern auferlegt werden,

ergeben aber die Grundlage für die Weiterführung der revolutionären Bewegung.

10. Eine endgültige Befreiung aller Arbeitenden auf dem Lande kann nur die proletarische Revolution bringen. Über die Art und Weise der weiteren Bewirtschaftung (nach der Revolution) des von den Grundbesitzern konfiszierten Bodens werden die Arbeitenden selbst entscheiden. In dieser Frage heißt es in den Thesen des 2. Kongresses:

„Für die fortgeschrittenen Länder erkennt die K. I. es für richtig an, den landwirtschaftlichen Großbetrieb vorwiegend beizubehalten und ihn nach der Art der Sowjetwirtschaften zu führen. In den Ländern und Gebietsteilen, wo der landwirtschaftliche Großbetrieb eine relativ geringe Rolle spielt, dagegen eine große Anzahl kleinbäuerlicher Besitzer bestehen, wird die Verteilung des Landes der Großgrundbesitzer sich als das sicherste Mittel erweisen, um die Bauernschaft für die Revolution zu gewinnen.“

In organisatorischer Beziehung haben alle Kommunisten, die in der Landwirtschaft und den damit verbundenen Industrien arbeiten, in die Organisationen der Landarbeiter einzutreten, bzw. die Schaffung derselben anzustreben.

Angesichts der ungeheuren Bedeutung der armen Bauern für die revolutionäre Bewegung ist es unerläßliche Aufgabe der Kommunisten, in die Organisation der Kleinbauern (Konsum-, Kreditgenossenschaften) einzutreten, diese zu revolutionieren, die scheinbaren Interessengegensätze zwischen Lohnarbeitern und landarmen Bauern aus der Welt zu schaffen und die Aktionen dieser Organisationen in enge Verbindung mit denen des Land- und Stadtproletariats zu bringen.

FELIX KON beantragt im Namen der „Vereinigung der alten Bolschewiki“ folgende Resolution:

„Bei der Offensive des Kapitals in allen bürgerlichen Ländern steigt die Zahl der in Kerkern schmachtenden Kommunisten und parteilosen Arbeiter, die in den Kampf gegen den Kapitalismus getreten sind.“

Der 4. Kongreß fordert alle Kommunistischen Parteien auf, eine Organisation zu schaffen, die den eingekerkerten Opfern des Kapitals materielle und moralische Hilfe leistet, und begrüßt die Initiative der russischen ‚Vereinigung alter Bolschewiki‘, die eine internationale Vereinigung solcher Hilfsorganisationen zu schaffen im Begriffe ist.“

Die Resolution wird mit Beifall angenommen.

VORSITZENDER: Dem Präsidium ist ein Schreiben von einigen Genossen zugegangen, die bis jetzt der Partei der *Poale Zion* angehört haben. Die Genossen teilen mit, daß eine Konferenz stattgefunden hat, in der der volle Bruch mit den nationalistischen Strömungen vollzogen wurde. Die Genossen, die aus der *Poale Zion* ausgetreten sind, wenden sich an die Internationale, damit ihnen der Eintritt in die Kommunistischen Parteien erleichtert wird. Wir schlagen Ihnen vor, diese Frage der Liquidierung der Angelegenheiten der *Poale Zion* der Exekutive zu überweisen.

Der Vorschlag wird angenommen.

ACHTUNDZWANZIGSTE SITZUNG

AM 1. DEZEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: Kolarow.

Redner: Trotzki.

Die französische Frage.

TROTZKI (mit Beifall empfangen): Die K. P. Frankreichs macht jetzt eine schwere Krise durch, die merkwürdigerweise mit der Krise der französischen Bourgeoisie und ihres Staates zusammentrifft. Ich sage „merkwürdigerweise“, denn im allgemeinen pflegen gerade die Krisen der bürgerlichen Organismen eine für die Entwicklung günstige Lage zu schaffen.

Worin besteht diese Krise? Der Rückgang unserer Werbetätigkeit bedeutet noch an sich keine große Gefahr, wenn er nur vorübergehend ist und wenn er eine Folge der Tatsache ist, daß unsere Partei in ihrer ersten Periode fremde Elemente angezogen hat. Auch die Abnahme der Auflagen der Parteipresse ist vielleicht nur eine vorübergehende Erscheinung, die durch die Veränderung der politischen Lage hervorgerufen wurde.

Viel bedeutungsvoller ist das Fraktionswesen und der Fraktionskampf. Woher kommen die Fraktionen? Wer trägt die Verantwortung für dieses System? Genosse Frossard schreibt in der „Humanité“ vom 16. Juli: „Wir sind ja die wahren Haarspalter! Wir sind ja armselige Nörgler.“ Jene Genossen, die derselben Tendenz angehören wie der Gen. Frossard, bezeichnen oft die *Linke* als Triebkraft des Fraktionskampfes. Dieses Fraktionssystem wird aber sehr oft von den Genossen bloßgestellt, die selber einer Fraktion angehören, die aber dieses System als durchaus künstlich betrachten, als System, das in keiner Hinsicht auf Ideen beruht und das weder den politischen Fähigkeiten noch den politischen Zielen entspricht.

Ich glaube, daß es immer eine Gruppierung nach Tendenzen geben wird und daß im Augenblick der entscheidenden revolutionären Aktion die Mehrheit der Mitglieder aller Fraktionen auf derselben Grundlage zusammentreffen wird. Aber gerade durch die Aktion suchte ja die Internationale 1½ Jahre hindurch eine Umgruppierung herbeizuführen: die Aktion in den Gewerkschaften und die Aktion durch die Einheitsfront.

Man bedient sich in Frankreich des Argumentes (auch im „Temps“ kann man es lesen), daß die Internationale in Form der Einheitsfront der französischen Partei die Rückkehr zur Burgfriedenspolitik und zum Millerandismus aufgezwungen hätte. Aber noch schlimmer ist es, daß man mehr als ein Jahr gewartet hat und zuließ, daß die Dissidenten selbst sich der Idee der Einheitsfront bemächtigten. Auf die Frage, wem die Verantwortung für diese Politik zufalle, antworte ich, daß nicht die Linke, sondern leider vielleicht die Internationale selbst die Verantwortung trägt. Man konnte die Aktion nicht durchführen, weil man die Voraussetzungen dieser Aktion nicht akzeptieren wollte. So galt es, durch Polemik die ideologischen Hindernisse zu beseitigen.